

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Die Abonnementspreise sind für den Postweg zu erhöhen. Die Anzeigen sind für den Postweg zu erhöhen. Die Anzeigen sind für den Postweg zu erhöhen.

Nr. 163

Donnerstag, den 16. Juli 1925

20. Jahrgang

Die Ursachen des Zusammenbruches von 1918.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses abgeschlossen.

Wie wir erfahren, steht das Erscheinen der endgültigen Publikation des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruches im Herbst 1918 unmittelbar bevor. Nach sechsmonatiger Untersuchungsarbeit hat der vierte Untersuchungsausschuss seine Untersuchungen über die Ursachen des militärischen Zusammenbruches nunmehr beendet und wird in den nächsten Tagen das Ergebnis seiner Arbeit in drei stattlichen Bänden dem Reichstag vorlegen. Damit erhält zugleich das ganze Publikationswerk des Untersuchungsausschusses seine endgültige Form, denn die jetzt erscheinenden Bände bilden bereits einen bedeutsamen Bestandteil der Gesamtpublikation des Ausschusses. Bekanntlich hat der parlamentarische Untersuchungsausschuss in der ersten Zeit seiner Tätigkeit, namentlich im Anschluß an die noch unerledigten öffentlichen Verhandlungen des Jahres 1918, fortlaufend Sitzungsprotokolle in der Form von Reichstagsprotokollen veröffentlicht. Später wurden die Veröffentlichungen eingestellt und lediglich noch der erste Abschnitt der vom vierten Untersuchungsausschuss eingehendsten Gutachten über den Zusammenbruch gedruckt herausgegeben. Es wurde damals

beschlossen, das gesamte Untersuchungsmaterial des Ausschusses in einem monumentalen Werk zusammenzufassen. Entsprechend den vier Untersuchungsausschüssen wird dieses Werk, das sich in der Form an die große Altensammlung des auswärtigen Amtes anschließt, vier Abteilungen umfassen, von denen vier die ersten drei nämlich in sich geschlossenen Bänden jetzt zur Ausgabe gelangen. Der Titel des Gesamtwerkes lautet:

„Das Werk des Untersuchungsausschusses der deutschen Verfassungskommission Nationalversammlung und des deutschen Reichstags 1919 bis 1920. Verhandlungen, Gutachten, Urkunden.“

Als Herausgeber im Auftrage des deutschen Reichstags zeichnen die Abgeordneten Dr. Walter Schilling und Dr. Peter Spahn in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Gesamtausschusses, die Abgeordneten Dr. Bell, Dr. Breitscheid und Dr. Philipp als Vorsitzende der Untersuchungsausschüsse. Als mitwirkende Herausgeber sind genannt der Generalsekretär Dr. Fischer und die Sekretäre des dritten und vierten Untersuchungsausschusses Dr. Widmann und Dr. Bloch.

Deutscher Brief aus Rio Grande de Sul.

Die Revolution ist vorläufig im Staate beendet. Die schnell errichteten Hilfstruppen der Regierung werden allmählich abgebaut, die Rebellen und vor allem die Führer haben den Boden, auf dem sie Vorbeeren und Reichtum zu ernten hofften, verlassen und befinden sich zum Teil in Argentinien und Uruguay. Uruguay kommt für die nicht mehr so in Frage, da die brasilianische Bundesregierung mit der uruguayischen einen Vertrag abgeschlossen hat, demzufolge diese bei Erhebungen sofort gegen den andern Staat demagogische Elemente einschleitet. Trotzdem kommt in Rio Grande noch kein richtiges Leben, besonders in geschäftlicher Hinsicht, wieder auf, ja das Geschäft geht sogar eher flauer als während der Revolutionsmonate. Es fehlt eben das Vertrauen in den Bestand der Verhältnisse. Gerade in den Tagen, wo die Bundesregierung erklärte, es befände sich kein Rebell mehr auf brasilianischem Boden (2. Mai), da die letzten aus Parana vertrieben seien, brach wieder in Rio ein allerding schnell unterdrückter Aufstand aus, in den hervortragende Politiker verwickelt waren. Es wurde von bei früheren Unruhen gefangen gehaltenen Offizieren, die aus der Haft sich befreit hatten, ein finstlicher Versuch gemacht, die Kräfte eines Regiments in Rio zu stärken und das Regiment zur Meuterei zu veranlassen. Man versteht es, daß die Regierung den Belagerungszustand schon vor diesem Ereignis für 10 Staaten bis zum Ende des Jahres verlängert hat; aber gerade diese Maßnahme hat die Unsicherheit vermehrt und das Vertrauen der Geschäftswelt gelähmt. Viele Häuser in Porto Alegre können sich a. B. nicht entschließen, wieder Reisende herauszuschicken, da sie 1923 und 1924 durch die Revolution Schaden erlitten haben und nicht nochmals etwas einbüßen wollen. Die kleineren Industrien im Hinterland wieder haben mit einem Arbeitermangel zu kämpfen, der stellenweise geradezu krisenhaft ist; die Löhne sind so gering, daß alles darnach trachtet, selbständig zu werden, und zwar, infolge der hohen Lebensmittelpreise, als Kolonist. In den Städten nimmt der Zusammenstoß der Arbeiter in Organisationen, zum Teil recht radikaler Art, zu; in Pelotas und Porto Alegre waren Streiks der Hafenarbeiter und Verkehrsangestellten und -arbeiter, die zwar schnell verliefen und den Streikenden — bedauerlicherweise — keine bedeutende Erhöhung einbrachten, aber doch in der Form ein Novum darstellten. In Porto Alegre wurden die Straßenbahnwagen von bewaffnetem Militär begleitet.

Dem deutschen Kolonistengebiet hat die Revolution indes indirekt einen Dienst erwiesen, wie ja alles immer seine Reife hat. Einmal ist ein engerer Zusammenstoß durch den Selbstschutz erfolgt, einmal wird aus militärischen Gründen jetzt ein wichtiger Verbindungsweg, der von Neu-Wehrtemberg über Palmeira nach der neuen Kolonie Direktor Kraußhaders, Porto Feliz, geht, mit Hochdruck in Angriff genommen. Da sich dort ein fast rein deutsches Siedlungsgebiet auf Catharinenfer Gebiet entwickelt, in dem sich sehr viele reichhaltige und riograndeler deutsche Kolonisten niederlassen, ist dieser Weg eine Lebensfrage für das deutsche und dortige Deutschum. Die entgegenstehenden Interessen Privater sind durch den Druck der Regierung jetzt mit einem Schlag beseitigt. Der katholische deutsche Volksverein hat in der Kolonie Porto Feliz (Chapeco-Preperu) letzten mehrere tausend Kolonisten erworben.

Auf ihrer letzten Tagung in Santa Cruz hat dieselbe Organisation zwei andere wichtige Fragen der Lösung nähergebracht: einmal die Gründung eines Depressenheims, das besonders für die Gegend von Santa Cruz, wo der entscheidende Ausbruch schon endemisch genannt werden kann, von höchster Bedeutung ist, aber auch für die Serra-Cruz und für die alten Kolonisten äußerst wünschenswert ist. Da sich auch hier immer mehr die fürchtbare Gelfel zeigt. Sodann hat der bekannte Arzt Dr. Schlatter in Verbindung mit dem Volksverein ein Komitee zur Errichtung einer Hebammenlehranstalt, die für das gesamte Koloniengebiet dringend notwendig ist, gegründet. Die Anstalt soll entweder nach Neu-Hamburg oder nach Santo Angelo kommen. In den beiden Komitees, sowohl für das Depressenheim, als dem der Staat schon eine erhebliche Unterstützung zugesagt hat, als auch für die Hebammenlehranstalt sitzen Vertreter beider Konfessionen, und die Anstalten selbst sollen ohne Unterschied der Nation oder Konfession allen zugutekommen. Weiter nach Santa Catharina in das neu erschlossene Koloniengebiet ist ein stärkerer Bezug deutscher Kolonisten aus Riogrande zurzeit nur nach Parana zu bemerken; so sind 20-30 Familien aus Guarany nach Wahnhöfen gezogen. Ueber die argentinischen Kolonisten am Alto Parana sind allerhand unrichtige Nachrichten von hierher auszuwandern gekommen, sodaß nach dort hin kein weiterer Auswanderer geht.

Au erwähnen wäre noch, daß im Munizipal-Museum jetzt ein ehemaliger Reichsdeutscher, geübter Dresdner, Herr Albert Steinhilber zum Intendanten (etwa Vordr.) gewählt und bestatigt ist. Der neue Intendant kam im Alter von 17 Jahren feinerzeit ins Land, tat sich dann schon in der Revolution in den neunziger Jahren als Organisator eines Kolonienheimes im neuen Koloniengebiet hervor und ist bereits früher in einem Munizipal zum obersten Beamten gewählt worden. Demals wurde ihm indes, als einem geübten Reichsdeutschen, die Bestätigung verweigert, bis er jetzt erwachsen ist.

Mayer darauf zurückzuführen, daß die National-Sozialistische Stadtratsfraktion bei der letzten Haushaltsplanberatung mit den bürgerlichen Parteien für den Gemeindehaushalt gestimmt hat.

Fez bedroht.

Madrid, 14. Juli. Nach einem vom Sol veröffentlichten, von der Militärzensur gebilligten Privattelegramm aus Larrañaga ist Fez von den Radsyren bedroht.

Polnische Schulbeschwerden.

Der Landtagsabgeordnete Pazewski (Vols) hatte in einer kleinen Anfrage auf Ausführungen des Vertreters des Kultusministeriums im Preussischen Unterrichtsausschuss, wonach die Bestimmungen über die Einführung des polnischen Leses- und Schreibunterrichts in den Volksschulen des Reg.-Bezirks Allenstein lokal durchgeführt wurden, diese Tatsache bestritten und im Anschluß hieran Auskunft über die Art der Ertelung des polnischen Unterrichts verlangt. Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß der Erlaß vom 31. Dezember 1919 über den unter bestimmten Voraussetzungen zu erteilenden polnischen Unterricht an öffentlichen Volksschulen von der Regierung in Allenstein ordnungsmäßig ausgeführt worden ist; besonderer ministerieller Anordnungen bedurfte es hierzu nicht. — Nach sorgfältigst vorgenommenen Feststellungen aus jüngster Zeit liegen aus drei Schulverbänden des Bezirks Allenstein Anträge auf Einführung des polnischen Unterrichts für mehr als zwölf Kinder vor. Die in Frage kommenden Schulverbände haben die Tragung der Kosten wiederum abgelehnt, aus diesem Grunde wurde das Anfordergesuch abgelehnt. Die Abfertigung der Lehrer- und Lehrbücherfrage ist vorbereitet und wird ohne erhebliche Schwierigkeiten durchgeführt werden können.

Journalistischer und kommerzieller Faschismus.

Athen, 14. Juli. Die Belgrader Zeitung Politika veröffentlichte vor kurzem einen Brief aus Saloniki, in dem behauptet wurde, daß die griechische Presse und hauptsächlich die Presse in Saloniki auf ihre feindselige Haltung gegenüber Serbien nicht verzichten habe, und daß die griechischen Kaufleute eine Politik des kommerziellen Faschismus anwenden. Die in französischer Sprache erscheinende Zeitung „Progres de Salonique“ stellt diese Behauptungen entschieden in Abrede, benutzte übrigens auch von serbischen Persönlichkeiten wie von dem Direktor der serbischen Handelskammer in Saloniki und von dem Direktor der freien jugoslawischen Zone in derselben Stadt widersprochen worden ist.

Konkurrenz über die Beziehungen zwischen England und Rußland.

Neuer veröffentlichte eine Unterredung mit Kowalew, in der dieser mitteilte, daß bei seiner gestrigen Unterredung mit Chamberlain die Frage eines Bruchs mit der russischen Regierung nicht erörtert wurde. Daraus stelle er jedoch keineswegs den Schluß, daß die Beziehungen zwischen der russischen und der britischen Regierung vollkommen normal seien. Dies zu behaupten, würde bedeuten, die öffentliche Meinung in Rußland und England irre zu führen. Es bestehe eine Krise. Diese Krise sei tatsächlich chronisch. Die russische öffentliche Meinung sei der Ansicht, daß in Rußland niemand vorhanden sei, der nicht die Schaffung vollkommen normaler Beziehungen zu England wünsche. Nicht ein einziges russisches Blatt führe ein Bildnis zugunsten eines Abbruchs der Beziehungen. In England dagegen habe ein Teil der öffentlichen Meinung bauer eine geladene Pistole, die sich gegen die Sowjetunion richtet.

Außenpolitische Debatte.

Wie die Voss. Zeitung meldet, wird die sozialdemokratische Fraktion an den Reichstagspräsidenten die Frage stellen, ob die Regierung sich bereits geäußert habe, wann sie die Interpellation wegen der Außenpolitik zu beantworten gedenke. Da am Mittwoch die Aufwertungsprotokolle verabschiedet würden und für den Rest der Woche nur minderwichtige Vorlagen zur Beratung ständen, so wäre es doch angebracht, noch im Laufe dieser Woche diese außenpolitische Aussprache vorzunehmen.

Kabinettsberatungen über die Antwortnote.

Berlin, 15. Juli. Nach seiner Rückkehr aus Dresden hatte Reichstagspräsident Dr. Luther den Blättern zufolge noch gestern Abend im Reichstage eine Besprechung mit den Kabinettsmitgliedern, die sich mit laufenden Angelegenheiten befaßte, in der aber auch, wie die Blätter wissen wollen, die deutsche Antwortnote besprochen wurde. Heute soll das Kabinett sich eingehend mit der deutschen Antwortnote beschäftigen, um die Stellungnahme der Reichsregierung festzulegen. Die Ministerpräsidenten der Länder sollen am Donnerstag über den Inhalt der Note verständigt werden, die am Freitag oder Sonnabend dem auswärtigen Ausschuss mitgeteilt werden soll und gleichzeitig nach den Informationen des „B. L.“ und der „Germania“ abgehandelt werden dürfte.

3. Lesung des Aufwertungsgesetzes am Donnerstag.

Berlin, 15. Juli. Wie der Vorwärts hört, ist die Verteilung der Beschlüsse der zweiten Lesung des Aufwertungsgesetzes nicht so rechtzeitig erfolgt, daß die dritte Lesung bereits heute stattfinden könnte. Reichstagspräsident Lohse wird deshalb heute beantragen, die dritte Lesung auf Donnerstag zu verschieben.

Die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft bei Hindenburg.

Berlin, 14. Juli. Der Reichspräsident empfing heute das Präsidium der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, Gouverneur a. D. Seitz (Deutsche Kolonialgesellschaft), General v. Epp (Deutscher Kolonialkriegsbund), Vizepräsident a. D. Geheimrat v. Jankow (Reichsverband der Kolonialdeutschen), sowie Gouverneur a. D. Peter-Waldeck (Aktionsausschuss) und nahm deren Bericht über den unlängst erfolgten Zusammenschluß der Kolonialvereine usw. zur Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft und über die Ziele und Arbeit dieses Verbandes entgegen.

Die National-Sozialistische Fraktion im Münchener Stadtrat hat sich aufgelöst.

München, 14. Juli. In der heutigen Vormittags-Sitzung des Münchener Stadtrates teilte der Vorsitzende der National-Sozialistischen Stadtratsfraktion Gewerbe- rat Mayer in einer Zusage mit, daß er den Vorsitz der National-Sozialistischen Stadtratsfraktion niedergelegt habe und seinen Austritt aus dem Stadtrat erkläre. Gleichzeitig wurde in der Sitzung ein Schreiben des Dr. Sudley bekannt gegeben, das sich die jeweiligen National-Sozialistische Fraktion im Münchener Stadtrat aufgelöst habe. In geheimer Sitzung hat der Stadtrat mit allen gegen vier Stimmen der Kommunisten und eine Stimme der National-Sozialisten es für unzulässig erklärt, daß ein Mitglied des Stadtrates einem „Befehl einer außenstehenden Persönlichkeit (genannt wurde in der Aussprache der Name Adolf Hitler) zur Mandatsniederlegung“ Folge leiste. Dem Vernehmen nach ist das Verlangen Adolf Hitlers nach dem Austritt des Gewerbeerat

Der Preis des...
ng Goethe ge...
nd Wahrheit...
er Haus lag...
weder Graben...
ausdruck erklärt...
che auf einem...
n, und da, wo...
Graben gewesen...
wurden. Man...
licht, weil nach...
einen Blick...
folgen Freitag...
ann auch aus...
Jagdbesugn...
inde die Stadt...
gesell uns sehr...
ahn wäre auch...
nstadt und mit...
reinen Stufen...
Straße in der...
er nur wenige...
a darüber...
n Graben der...
le Mauer zu...
ens: eine neue...
sloß man die...
sch den alten...
r Stadt Baireu...
a Siedlung...
g. Die Mien...
re 1899 sei...
t worden ein...
amalgamer Zeit...
gelegt wurden...
wieder einen...
ungenach. Die...
sicht auf den...
sich gut. Als...
r Katharinen...
bestellt, der ob...
cher beschrän...
„Hr.“ mit...
Mittern habe...
24 Schillinge...
folgenden Zeit...
Die Chroniken...
genellenbogen...
burg, an den...
inem Gerichts...
r Stadt war...
weiche will die...
zurückführen...
vielmehr ist...
Sitzhaltung...
spränglich im...
außerhalb der...
nur die Rats...
Stadtdiener...
ommenthure“...
le zu bringen...
letzen Male...
eben großen...
hi, die eignen...
raben aufzu...
e noch lange...
as den Zellen...
ie auf dem...
arm. — ganz...
in und her...
Dies Kaiser...
hieß alle et...
ihre Hände...
des sind —...
einmal einen...
ihm etwas...
Suchend und...
in den Arm...
Dr. Gott...
Gott...
beritrt“...
hen...
s Gesicht...
beinend seine...
Bas hatte Re...
s Leben des...
ur Lär, —...
mer, in dem...
tufe, so daß...
d schließ, den...
voll.

Reichstag vom 14. Juli.

Aufwertungsverhandlungen.
Der Reichstag nahm heute die Abstimmung über das Oppothellen-Aufwertungs-gesetz vor. Dabei wurden alle Vorschläge der Opposition abgelehnt und die Vorlage nach dem Kompromiß in zweiter Lesung bewilligt. Bei dem Kapitel Sparpassengut haben bleibt es ebenfalls bei dem Vorschlag des Kompromisses von 12 % Aufwertung gegenüber einem abgelehnten sozialdemokratischen Antrag, der die 12 % auf 25 % erhöhen wollte. Das Haus beginnt dann mit der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Ablosung öffentlicher Anleihen. Von den Sozialdemokraten liegt ein Antrag vor, den Entwurf an den Aufwertungsausschuß zurückzuverweisen. Namens der demokratischen Partei gibt Abgeordneter Freiherr von Rüdiger-Hannover eine Erklärung ab, daß diese eine neue Prüfung verlangen. Der völkische Abgeordnete Freder lehnt die Vorlage ebenfalls ab.

Das Gesetz über die Ablosung öffentlicher Anleihen will die Anleihen mit 2 1/2 % aufwerten und dem Umlauf, für den der 1. Juli 1920 als Erwerbstagsgrenze gelten soll, 5 % zusprechen. Der völkische Abgeordnete Seiffert fordert die Streichung des Absatzes, welcher die Verzinsung der Anleihenablosungsschuld bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen ausschließt. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert eine sofortige Sondersteuer von dem Vermögen über 80000 Mk., welche in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind, einen Zuwachs erfahren haben oder sich nicht um mehr als 10 % vermindert haben. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Mann begründet einen Antrag der Regierungsparteien, durch welchen der Jahresbetrag für die sogenannte Wohlfahrtsrente für Religionsgesellschaften usw. von fünf auf zehn Millionen Mark erhöht wird. In den Genuss der Wohlfahrtsrente sollen auch Anstalten zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke gesetzt werden. Bei dem Kapitel Aufwertung der Marktanteile der Länder und Gemeinden bemerkt der demokratische Abgeordnete Dr. Ritz, daß der Reichstag im besten Zuge sei.

Interessen der deutschen Städte
In einer Weise zu misshandeln, die für die Städte von den verheerendsten Folgen sei und auch ihre Bedeutung für die Beziehungen der Länder zum Reich werde.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Reichstages.

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages, der heute in die Erörterung der Zollpositionen der Eisen verarbeitenden Industrie eintrat, wurden die Anträge auf Verringerung der Tarifpositionen für die Produkte der Klein-eisenindustrie abgelehnt.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach bei der Festsetzung von Unterstellungen öffentlich-rechtlicher Art von dem Einkommen der Gruppe „Bedürftige“ außer den Bezügen auf Grund der Sozialversicherungsgesetze und der Fürsorge-gesetze mindestens drei Viertel des Betrages bis zu 270 Mk. außer Anfall bleiben sollen. — Ferner wurde eine Entschliessung angenommen, wonach die Reichsregierung ersucht wird, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Lage der Rentempfänger des Saargebietes nach Möglichkeit der der Rentempfänger im übrigen Reichsgebiet angepaßt wird.

Im Steueraussschuß des Reichstages wurde bei der Beratung der Tabaksteuer die Vorlage der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten in erster Lesung angenommen, nachdem ein demokratischer Antrag auf Abschaffung der Banderole abgelehnt worden war. Zur Annahme gelangte eine Entschliessung des Zentrums, die die Reichsregierung ersucht darauf hinzuwirken, daß durch die vorgeschlagene Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer eine Entlassung von Arbeitern und Angestellten

verhindert werde, und eine weitere Entschliessung derselben Partei, die die Reichsregierung ersucht darauf hinzuwirken, daß die Angestellten und Arbeiter, die infolge der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer arbeitslos werden sollten, in dem Sinne zu behandeln sind, daß ihre Erwerbslosigkeit als Kriegsfolge im Sinne des Erwerbslosenfürsorgegesetzes behandelt wird. Die erwähnten Erwerbslosen sollen, dieser Entschliessung zufolge, über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus zunächst auf ein Jahr unterstützt werden. Der sächsische Vertreter v. Sichert erklärte zu der Vorlage, daß seine Regierung die Erhöhung der Zigarettensteuer für 40 auf 50 % für unmöglich halte.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute zusammen. Auf der Tagesordnung stand nicht die deutsche Antwort auf die Briand-Note, vielmehr beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Großbritannien und dem Grundstücks-, Handels- und Konsularvertrag mit den Vereinigten Staaten. Zur Annahme gelangte ein deutschnationaler Antrag, der die Regierung ersucht, vor dem Beginn der Beratungen des deutsch-englischen Handelsvertrages im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages eine Uebersicht über das System der im britischen Imperium geltenden Präferenzbills vorzulegen. Der Vorliegende Abg. Bergt stellte ferner fest, daß entsprechend den Anregungen des Ausschusses der Regierung nahegelegt werde, noch vor Ratifizierung des deutsch-englischen Handelsabkommens Verhandlungen mit England wegen Einbeziehung der Mandatsgebiete einzuleiten.

Briefe des Kaisers und Kronprinzen an eine Amerikanerin.

Die „New York Times“ veröffentlichte Auszüge aus Briefen, die Wilhelm II. sowie seine Gattin, die Prinzessin Hermine und der frühere Kronprinz an ein Fräulein Sylvia Gushman in Boston in den letzten Jahren gerichtet haben. Die Genehmigung zu dieser Veröffentlichung ist von Doorn aus erteilt worden. Von den Briefen des früheren Kaisers ist nur einer bemerkenswert, in dem er erklärt, es ist Amerikas „moralische Pflicht, den Versailles Vertrag offen zu verdammen und einen neuen Frieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons durchzusetzen“. Eingehender äußert sich der Kronprinz über politische Fragen. Eine Stelle seines Briefes an Mrs. Gushman vom 12. Januar letzten Jahres verdient wörtlich wiedergegeben zu werden. „Mein Vater hat seine Chance gehabt. Er verlor sein Spiel, weil er sich nicht für ein Bündnis mit England oder Rußland entscheiden wollte. Ich habe ihn tausendmal gewarnt und ihm gesagt, wir würden isoliert und am Ende von der ganzen Welt vernichtet werden, da wir nur Oesterreich, ein von selbst immer mehr zerfallendes Reich zum Bundesgenossen hatten. Doch er glaubte an die Freundschaft mit der ganzen Welt und wollte nicht zugeben, daß der Weltkrieg herankam. Ich tat mein bestes, die Augen anderer Regierung zu öffnen. Es war hoffnungslos, und schließlich wurde mir, da ich preußischer Offizier war, erwidert, ich solle Deder parieren und den Mund halten. Mit weiß gebluteten Augen sah ich unsere Vernichtung herannahen. Nun wie ich sagte, er hat seine Chance gehabt und mit wurde nie eine Möglichkeit geboten, zu zeigen, was ich konnte. Dieses Schicksal ist vielleicht ebenso bitter, wie die Folgen die eigenen Fehler zu ertragen. Vielleicht halten sie mich für ziemlich herzlos, aber ich habe in den letzten zwanzig Jahren zu viel zu schlucken gehabt.“ Im andern Briefe schreibt der Kronprinz im Widerspruch zu vorstehenden Äußerungen. Der Sozialismus habe Deutschland in den Abgrund geführt, werde aber am Ende nicht siegen. Die Vorgänge in Italien, Spanien und Griechenland seien dafür Beweise, und diese Bewegung behne sich weiter aus. Ein anderer Stelle beklagt sich der Kronprinz über die mangelnde Kenntnis der früheren deutschen Regierungen über Psychologie des Auslandes und meint, es sei auch heute darin nicht besser geworden. Er bitte dann seine Adressatin, dem amerikanischen Volke klarzumachen, daß wir alle zum Teufel gehen werden, falls Frankreich, der wilde

Grund Europas, nicht bald zur Vernunft gebracht wird. Der Kronprinz fährt dann fort, die Nachrichten über monarchistische Unruhen in Deutschland seien Unsinn. Viele Leute ständen gegen die Republik, aber sie wollten ihr Ziel „einfach auf dem Weg der Abstimmungen“ erreichen. Die „Times“ bemerken zu diesen Briefen, sie gelte den Kronprinzen als Mann, der seine Illusionen verloren habe und zugebe, daß Deutschland Fehler begangen habe.

Aus Stadt und Land.

Aus, den 15. Juli 1925.

Ergebnis der Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Sachsen.

Nach der Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes betrug bekanntlich im Juni 1925 die Bevölkerung des Sachsens 4 907 301; sie war somit seit der letzten Vorkriegszählung im Jahre 1910 um 168 640 Köpfe, nämlich 3,40 % zugenommen. Besonders Interesse hat die zahlenmäßige Veränderung der beiden Geschlechter. Bei den letzten drei Volkszählungen wurden ermittelt:

	1910	1919	1925
männl. Personen	2 323 908	2 168 065	2 361 740
weibl. Personen	2 482 758	2 495 293	2 608 561
Personen überhaupt	4 806 661	4 663 298	4 970 301

In der Zeit von 1910 bis 1925 hatten somit die männlichen Personen nur um 37 837 (1,63 %) die weiblichen Personen dagegen um 125 808 (5,07 %) an Zahl zugenommen.

Wie bereits erwähnt, wurden am 18. Juni 1925 in Sachsen nach den vorläufigen Meldungen 2 361 740 männliche und 2 608 561 weibliche Personen gezählt. Hiernach kamen auf 100 männliche Personen rund 110 weibliche Personen. Im Jahre 1910 entfielen dagegen ungefähr 107 und im Jahre 1919 etwa 115 weibliche Personen auf 100 männliche. Der relative Frauenüberschuß, der hiernach kurz nach Kriegsende infolge der Verluste an Militärpersonen im Range (etwa 138 000 Männer) und infolge der Abwesenheit der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Militärpersonen (etwa 31 000) eine beträchtliche Höhe aufwies, ist also wieder zurückgegangen. Diese Abnahme des Frauenüberschusses ist zunächst eine Folge davon, daß in den Jahren nach dem Kriege einige Männer starben als Frauen und daß sich annähernd gleichstarke Jahrgänge nachrückten. Weiter ist dieser Rückgang auch dadurch hervorgerufen worden, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege der Anabensüberschuß unter den Geborenen größer war als in normalen Zeiten. Schließlich sei noch bemerkt, daß die bis jetzt vorliegenden Bevölkerungs-, Geburten- und Sterbenanzahlen darauf hindeuten, daß seit der Zählung im Jahre 1919 außer den Militärpersonen, die aus der Gefangenenschaft zurückkehrten, mehr Personen nach Sachsen einwanderten als auswanderten, und daß dieser Wanderungsgewinn beim männlichen Geschlecht größer war als beim weiblichen Geschlecht.

Der öffentliche Arbeitsnachweis Aus teilt mit, daß am Anfang der katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten auf Anordnung der Reichsarbeitsverwaltung eine allgemeine Erhebung über die Stellenlosigkeit in den Angestelltenberufen vorgenommen werden soll. Alle Angestellten, welche am 16. Juli 1925 ohne jede entgeltliche Beschäftigung sind, haben sich an der Erhebung zu beteiligen. Soweit sie beim öffentlichen Arbeitsnachweis Aus als Stellen-suchende eingetragen sind, erhalten sie dorthin selbst einen entsprechenden Fragebogen ausgehändigt, soweit sie einer Berufsorganisation angeschlossen sind, erhalten sie von dieser nähere Anweisung. Kräftig jedoch beides nicht zu, so hat sich der Stellenlosigkeitsnachweis beim Arbeitsnachweis Aus zur Ermittlung der Stellenlosigkeit einzufinden. Die Angestelltenberufe im Sinne dieser Erhebung sind: Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlicher gehobener Stellung, Büroangestellte, einschließlich der Bürolehrlinge und Werkstattschreiber, Hand-

Allerlei Schlangengeschichten.

Von Dr. Fritz Debus.

Wohl kein Tier spielt eine so große Rolle in Sagen und Märchen wie die Schlange. Die geheimnisvolle, geräuschlose Art dieser Reptilien rief auch den Befürchtungen Furcht ein. Daß es nun aber noch solche gibt, deren Biß giftig ist, hat gerade, um dem Aberglauben Ehr und Lor zu öffnen. Man hat lange darüber nachgedacht, warum gerade die Schlange von alters her so verurteilt wird. Eine Schlange ist immerhin doch noch ein harmloses Geschöpf als ein Löwe oder Tiger. In die Furcht, die man vor den großen Raubtieren hat, mischt sich aber jetzt noch das Gefühl der Bewunderung über die Kraft und Schönheit des gefährlichen Feindes. Die Schlange aber ist seit Adams Zeiten das Symbol der „Sünde“. In den Sagen aller Völker spielt sie die Rolle des Bösen und Furcht-erweckenden. Eigentümlich ist es aber, daß nicht nur der Mensch, sondern auch jedes warmblütige Tier die Schlange fürchtet. Ein Pferd, ein Hund, selbst der starke Löwe gerät in Aufregung beim Nahen einer Schlange. Bekannt ist die rasende Furcht der Affen. Legt man diesen, sonst so neugierigen und vorwitzigen Kobolden eine Schlange, ja nur die Abbildung einer solchen vor, so geraten sie in eine kaum glaubliche Erregung und es dauert oft Monate, ehe sie die Stelle wieder betreten, an der sie ihre Feindin erblickten. Diese Abneigung, die die Schlange trifft, ist im allgemeinen auch auf ihre Artgenossen ausgebreitet. Eidechsen, Krokodile, Varane und Kröten, kurz alle Reptilien und Amphibien scheuen die Schlange. Alle aufstrebenden Worte haben noch nicht vermocht, dem wahnwitzigen Vernichtungstrieb, dem die zum großen Teile harmlosen Tiere ausgesetzt sind, ein Ende zu machen.

Die Abneigung muß also tiefere Gründe haben. — Und in der Tat, es ist auch so. —

Als vor tausenden von Jahren eine neue Periode der Weltgeschichte mit dem Aufkommen der Saurier begann, als sich neben den riesigen Sauriern kleine, kaum fagen-reute Reptilien zeigten, war es selbstverständlich, daß es um das Leben dieser kleinen Warmblütler geschehen war, wenn ein gewaltiger Kaltblütler seine Krallen redete. Kenntlich ver-trohen sich die kleinen Deutler. In dem hohen Gewölbe der

Appigen Wälder fanden sie Schutz und erlebten in Nachtstunden den Niedergang ihrer Feinde. — Langsam traudnete die Erde ab, die Wasser sammelten sich, die tropisch-feuchtwarme Luft machte einen kälteren Klima Platz und gleichsam dem Leben der „Kriecher“ ein Ende. Als wurde ihnen zu kalt, die Erde wurde für ihre Füße zu hart und zu trocken. — Die kleinen Deutler aber wuchsen heran, isolierten sich, freuten, vererbten sich in ungeachtet warmblütigkeit. In der Größe erreichten sie ihre dahingegangenen Feinde nicht, aber ihnen wurde eine mächtigere Waffe verliehen, das Gehirn. Die rohe Kraft hatte dem Besten Platz gemacht. Der rohe Instinkt war einem bescheidenen „Denken“ gewichen. — Wer zählt die Jahre, die seit jenen Schöpfungstagen ver-flossen! Das aber eine schmale Erinnerung an jene Zeit auch heute noch in uns lebt, sehen wir in unserer Schlangenfurcht. Ihre Vorfahren waren einst die furchtbaren Feinde der Saurier und heute noch fürchten wir, gleichsam als wenn diese Furcht in unser Gehirn eingegraben worden wäre, instinktmäßig die Schlange. Wir erschrecken vor ihnen, erschrecken selbst wenn wir wissen, daß wir einen harmlosen Ver-treter dieser Art vor uns haben.

Sehen wir von den Fällen ab, wo eine blinde Furcht die harmlosen Schlangen unserer Heimat (Ringelnatter, Glat-natter, Kestlnatter und Wassernatter) trifft, so muß auch die Furcht vor der Giftschlange, der Kreuzotter, oftmals über-trieben genannt werden, besonders wenn wir bedenken, wel-chen Gefahren wir uns selbst beim Bergsteigen, Sport usw. freiwillig aussetzen. Die Furcht beruht also nicht allein in der Gefahr, sondern zum großen Teile in der erteilten Ab-neigung, dem geistigen Rudiment.

Schildern, mögen uns folgende Feststellungen aus Sachsen dienen:

Von den zahlreichen Bissen im Erzgebirge in den letzten 50 Jahren ist kein einziger mit tödlichem Ausgange bekannt geworden. Für die Häufigkeit der Kreuzotter sprechen folgende Zahlen: Im Gebiet der Amtshauptmannschaft Weiskorn i. B. wurden von 1889 bis 1904 insgesamt 57 505 Kreuzotter abgetötet. Im Gebiet der Amtshauptmannschaft Rindau 1428 im Jahre 1891 und 1893 im Jahre 1902. — Die Zahlen be-weisen, daß der Kreuzotterbiß mit tödlichem Ausgange eine sehr seltene Erscheinung ist. In den letzten 18 Jahren ist in

Deutschland kein Fall bekannt geworden. — Selbstverständlich soll man den Biß nicht leichtfertig behandeln.

Gefährlichere Giftschlangen sind selbstverständlich die Brillen-schlange, Mamba, Buffotter, Lobesotter u. a. mehr. Gefährlich besonders aus dem Grunde, daß sie vor dem Kampfe nicht zurückschrecken und nicht erst von der Giftwaffe Gebrauch machen, wenn sie in die Enge getrieben sind, sondern dem An-griff oft eröffnen. Eine der gefährlichsten Giftschlangen der ägyptischen Brillenschlange (Uraeuschlange) im Angriff zu sehen, ist ein Bild, das sich wohl jedem, der es erlebt, unvergesslich einprägt. Mit hoch gerichtetem Vorderkörper, den Hals stark aufgebogen, stehe sie mit stehendem Blick, um blitzschnell vorzu-schießen, zu beißen und sofort in die vorige Lage zurück-zulehren. Außerordentlich interessant ist die Schilderung eines deutschen Herpetologen über den Fang dieses Tieres. Bekanntlich führen arabische und indische Gaukler die Brillenschlangen in flachen Körben mit sich, um sie nach der Ruft „tanz“ zu lassen. Von einem „Tanz“ ist eigentlich nicht zu sprechen. Die Schlangen pendeln mit dem Vorderkörper hin und her ohne den Takt der Ruft einzuhalten. Damit sei nicht gesagt, daß sie für die Töne unempfindlich sind. — Die Araber sa-gen die Brillenschlange, indem sie das Tier im Moment der Angriffstellung mit einem Stod immer und immer wieder wegschleudern, so lange, bis es schließlich ermüdet ist. (Die Ermüdung kann soweit gehen, daß, wie ich selbst schon beobach-ten konnte, die Schlange vollständig apathisch daliegt.) Sind es äußerst kräftige Exemplare, so legt sich der Schlangen-fänger, nachdem seine Deute ermattet, plötzlich zur Erde und hält beide Hände mit den Handflächen nach außen vor das Gesicht. — Vorsichtig kommt die Schlange heran. Sie kann sich die Kräfte ihres Feindes nicht erklären und beginnt lang-sam an ihm emporzukriechen. Unheimlich vorsichtig alletet sie an den Handflächen empor. In diesem Augenblick drückt der Jäger den Daumen um ihren Hals und sagt mit der andern Hand zu. — Die ungeheure Nervenspannung und Kalt-blütigkeit, die zu diesem Kunststück gehört, kann nur der er-messenen Tiere werden kann die Röhre ausgebrochen. Diese wachen jedoch nach und so kommt es vor, daß die Gaukler selbst ein Opfer ihrer Hingabe werden. (Fortsetzung folgt.)

Landesstellen und Befehls, Besitzen und Befehligen in...
Damenmitglieder und Musiker, Angestellte in Beru...

ausgeschlagen und Grundbesitzer. — Die notwendig gewo...

brochen ist das Feuer in einem Wohnhause, in dem ein...

Das Finanzamt teilt uns mit: Die Vollziehungsbeamten...

Schneeberg, Berner Gaab-Stiftung. Am Freitag, den 10. Juli...

Saugenreinsdorf. Vorüberdacht. Unter dem Verdacht...

Genossenschaftsfest in Aue. Der Konsumverein Aue be...

Raum 6. Dartenstein. Tod in den Flammen. Hier wurden...

Chemnitz. Des Festes anlässlich des 4. Schilfhandwerkertages...

U. V. K. Club Kuerstal. Am Donnerstag abends 8 Uhr...

Witzkau. Radfahrerunfall. Am Montag nachmittag ereignete...

Verbau. Verschiedenes. Am Sonntag abend hat sich die...

Der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg...

Witzkau. Schwurgericht. In dieser Schwurgerichtsperiode...

Amiliche Bekanntmachungen. Aue. Wassergeldverhöhung.

Die Angelegenheit der Hühneraugen...
In Aue: Central-Drogerie Curt Simon.

Witzkau. Schwurgericht. In dieser Schwurgerichtsperiode...

Spartasse Aue. Um unter der Jugend den Sport zu heben...

Kesse & Hildebrandt. Dächer, Hallen, Fachwerksbauten, Brücken, Uebergänge, Treppen...

CONSUM-VEREIN AUE IM ERZGEB. PROGRAMM für das Genossenschaftsfest...

Verlobungsbriefe, Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen. Buchdruckerei Auer Tageblatt...

Hühneraugen Lebewohl. das Radikalmittel Hornhaut u. d. Fußhohl verschwindet durch Lebewohl-Ballen-Scheiben...

Schlafstelle zu vermieten. Zu erfragen im Auer Tagebl.

la Molkerei - Gras - Butter! Unerreicht in Aroma und Geschmack...

STATT KARTEN. Zu unserer Verlobung sind uns in reichem Maße Ehrungen und Aufmerksamkeiten zu teil geworden...

Zöpfe empf. in großer Auswahl Stern & Gauger. Heidelbeeren, Gänse...

DANK. Zurückgekehrt vom Orbe ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen lieben Nachbarn, Freunden und Bekannten...

Kautschukstempel. Auer Tageblatt.

Schlafstelle zu vermieten. Zu erfragen im Auer Tagebl.

DANK. Zurückgekehrt vom Orbe ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen lieben Nachbarn, Freunden und Bekannten...

Carolatheater



FOX FILM

Donnerstag bis Sonntag
gaulert

TOM MIX

In seinem neuesten Großfilm

Unter den Wölfen von Alaska!

Sensationsdrama in 5 Akten.

Dieser neue große Fox-Film enthält das Fabelhafteste an Sensationen, das Unerhörteste an packender Wirkung!

Ein Film, dem man nur folgen kann mit einem Gemisch von Grauen, Staunen, intensiver Spannung, ehrlicher Rührung und lauter Begeisterung. Eine Glanzleistung der Fox-Film-Gesellschaft und ihres vortrefflichen Darstellers Tom Mix.

„Jagd auf der Liebe“

Ein wildes Rennen nach einem Mädchen und nach Gold in 7 Akten.

In diesem neuen Fox-Film sind die Möglichkeiten der Kinematographie ausgeschöpft und mehr Romantik, Sensation und Spannung als in 10 anderen Amerikanern.

Nur für Erwachsene!

Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Otto Elsner, Aue 1. E

Lösener Strasse Nr. 6.

Fabrikation von aller Art Wagenplanen, Zelten, Segeltuch- u. Sommerpferdedecken, Segeltuch- und Leinwandrollen, Beutel, Jute- und Leinwandrollen. Ausführung sämtlicher Reparaturen. — Lager wasserdichten Segeltuchen, Drollen, Scheuertüchern.

Wer Geld sparen will

bede seinen Bedarf an **Tapeten, Linoleum, Boden, Farben und Maler-Bedarfsartikeln**. Spezialhaus **Gullak Bauer, Schwarzenberger Str.** Nur schmackhaft erprobte Materialien zu den niedrigsten Tagespreisen. Bei mit gekauften Linoleum wird schmackhaft ohne jeden Preiszuschlag gratis gelegt. **Wiederverkäufer hohe Rabatte.** Bernspr. 63.

Prima poliert und tiefgefärbt

Schlagsahne

hat jedes Quantum obigen in **Molkerei Cannowitz, Weg. Leipzig** Telefon 4111 Rerchau 87.

Schreibmaschinen Reparatur-Mechaniker

perfekt auf sämtlichen Fabrikaten bei hohem Lohn in Dauerleistung gesucht.

Schreibmaschinen-Berater Chemnitz i. Sa.

Bangstr. 43. Fernruf 8881.

Apollo-Lichtspiele

Aue, Bahnhofstraße.

Ab Donnerstag bis Sonntag, den 16. bis 19. Juli rollt das lang erwartete deutsche Militär-Lustspiel:



Krieg im Frieden

Ein deutsches Lustspiel im bunten Rock. Nach dem Moser-Schönthanschen Lustspiel, dem einst begehrtesten deutschen Bühnenwerk.

Herzerfrischende Geschichten, das Milieu der kleinen Garnison mit Einquartierung, Manövertrübel, bezaubernd schönen Leutnants, verliebten Pärchen, Kasernenhölle und murrenden, grollenden Vätern, geben ein buntes Gemisch launiger, abwechslungsreicher Szenen. Mag es gewesen sein, wie es will, wir erinnern uns doch alle gern an verfllossene Tage des bunten Rockes.

Deutlich-woche! Neueste Ereignisse aus aller Welt.

Hierzu: Das sensationelle **„Der letzte der Mohikaner“**. Wilde Kriegsgeschichten in 6 Akten nach dem berühmten Roman „Lederstrumpf“.

Sonntag Nachmittag von 1/2—5 Uhr: **Kinder- und Jugend-Vorstellung** mit dem groß. Indianer-Kriegs-Schauspiel: **„Der letzte Häuptling der Mohikaner“**. — Außerdem: Ein humoristisches **Beiprogramm**.

Wochentags Anfang 6 und 1/9 Uhr. — Sonntags ab 1/2 Uhr für Erwachsene.

Das Branchenverzeichnis

des Adressbuches für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg befindet sich im Druck.

Es empfiehlt sich für jeden Geschäftsinhaber, sich von der Wichtigkeit der Eintragungen zu überzeugen.

Die Druckbogen liegen in unserer Geschäftsstelle aus.

Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft
m. b. G.

Farben

trocken und streichfertig

Lacke

mit u. ohne Fett

Pinsel

für alle Zwecke

Curt Simon, Aue
Central-Drogerie.

Baby-Schuhe

in allen Ausführungen äußerst preiswert bekommen Sie in

Schädlich's Schuhwarenhaus
Markt 14 AUE Tel. 319.

1 Schrank

für Vereinszwecke zu kaufen gesucht.

Angebote unter H. T. 3826 an das Auer Tageblatt erbet.

Gebrauchter

Kinderwagen

billig zu verkaufen.

Mehnerstraße 71.

Kaufhaus Max Weichhold Aue.

Um zu räumen

Sommerkleiderstoffe

weit unter Preis.

gestreift Zephir	Mtr.	1.—	0,60 Mk.
bedruckt Baumwoll-Musseline		1,30	1.—
bedruckt Baumwoll-Krepp			1,50
bedruckt Voile, 100 u. 115 cm breit			2,50
einkarbiert Halbleinen			1,30
karriert und gestreift Frottee		1,40	1,20
bedruckt Cretonne, zu Vorhänge und Taschen			1.—
bedruckt Satin, zu Vorhänge und Taschen			1,50

Damen-Mäntel, Jacken, Kleider, Röcke
zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen.

Empfehle mich der geehrten Einwohnerschaft von Aue und Umgebung für

Krankenpflege, Massage

Wochenpflege und Nachts.

Auch telefonisch zu erreichen (834).

Frl. E. Bormann, Krankenpf.
Aue-Jelle, Bienenstraße 20, II (bei Hippold).

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, bei Familienanschluß für Fleischeri für sofort gesucht.

Frau Fleischermstr. Diez,
Lichtenstein, Glauzhauer Straße 1.

Die Vertretung der Sachsen-Quell

vordügl. Selt. u. Tafelwasser ist für den Bezirk Aue zu vergeben. Off. an die Brunnenverwalt. in Göhl, bei Bob Auer, erbeten.

Sil
Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Neue Kartoffeln

liefert prompt und billig

J. Lau, Oelsitz bei Riesa.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutsche Konkurrenz.

In den letzten Wochen werden auffallend viel Meldungen über die Vergabung von ausländischen Aufträgen an deutsche Industrieunternehmen verbreitet, so daß es heute in weiten Kreisen das deutsche Volk die Ansicht vorherrscht, als sei der deutsche Unternehmer schon wieder Herr seiner früheren Möglichkeiten und deutsche Erzeugnisse am Weltmarkt. Das eine ist so falsch wie das andere, alle Meldungen von einer Art der Vergabung des deutschen Produktionsauftrags sind absichtlich übertrieben und verfolgen ganz bestimmte Ziele, die sich schon heute klar erkennen lassen. Einmal sollen die ausländischen Industrieunternehmen — die auch in letzter Zeit wieder nennlich auf ausländische Aufträge in die deutsche übernommen — ihren eigenen Volksgenossen systematisch und absichtlich die sogenannte „deutsche Gefahr“ im Gemüte führen, denn aber wollen sie nach bestimmtem Vorbild der Kriegszeit im deutschen Volk die Stimmung hervorzurufen, als gäbe es bei der ausländischen Konkurrenz reichlich ausgestatteten deutschen Wirtschaftsländern, so daß es ihr außerordentlich leicht sei, Lohn- und Gehaltswünsche und sonstige Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Mit anderen Worten will man also durch die Verküpfung wirtschaftlichen Wohlstandes den Boden für Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Unternehmer und seinen Arbeitern vorbereiten und aus dem dadurch entstehenden Produktionsrückgang den Nutzen zu ziehen. Wir sehen also, daß wir es hier mit einem ganz gefährlichen Kampfmittel zu tun haben, das die Siegerkriegen in dem vorausgesetzten und jetzt mit aller Bestimmtheit tobenden sogenannten „Kriege nach dem Kriege“, dem Wirtschaftskrieg, anwendet.

Kurzum, es ist aber die „deutsche Gefahr“, die deutsche Konkurrenz, zur Welt ganz anders bestellt. Weltweit herrschen in allen Industriezweigen sehr ernste Wirtschaftskrisen, die eine Folge des Krieges sind. Überall haben die Hauptindustrien ihre Betriebe erweitert, sich ganz auf allerhöchsten Verbrauch eingestellt, Staaten, die früher so gut wie keine Industrie besaßen, haben sich während des Krieges großartig Anlagen eingerichtet, die sie natürlich nicht stilllegen wollen, sondern weiter ausbauen, um sich von ausländischer Konkurrenz zu befreien. Auf der anderen Seite ist die Produktion aller Güter erheblich zurückgegangen, so daß die Nachfrage und der Bedarf weit unter der Friedensnorm liegen. Weiter hat der Krieg nicht nur territoriale Veränderungen im Gefolge gehabt, also die Uebertragung wertvoller Industriekreise von einem Staat auf den anderen, er hat auch zu der Ausschließung ganz bedeutender Verbrauchsgruppen geführt, die heute gegenüber dem Frieden gar nicht mehr für den Absatz in Frage kommen. Kurz, die Produktionsmöglichkeiten sind in fast allen Staaten — nur nicht in Deutschland — erhöht, dagegen ist der Verbrauch überall, auch bei den Siegern, in ganz betrüblicher Weise zurückgegangen. Doch unter diesen Umständen ein Staat wie England, der über eine bedeutende Industrie verfügt, überall auf Absatzschwierigkeiten stößt, ist nicht weiter verwunderlich, ebenso wenig wie sein Versuch, alle vorhandenen Konkurrenzrenten nach Möglichkeit an die Hand zu drücken. Gerade England ist es aber auch, das wenig einwandfreie Mittel anwendet und noch immer auf die im Ausland nicht geschwundene, viel noch sogar noch gefährliche Konkurrenz spekuliert. So ist es jetzt Deutschland, das die große Gefahr für alle Industriezweige bildet, das überall die besten Chancen wegschnappt und die höchsten Gewinne einstreicht.

Die Engländer wissen sehr gut, wie es um die deutsche Konkurrenz bestellt ist. Aus demgemachten Gründen können sie natürlich nicht sagen, daß ihnen der deutsche Export noch am wenigsten Abbruch tut. Sie müssen aus politischen Gründen gerade auf jeden Staat Rücksicht nehmen, der ihnen tatsächlich heute überall in den Weg tritt, nämlich Frankreich. Lassen wir nur einige Zahlen sprechen, die am besten zeigen, wie unschätzbar die deutsche Konkurrenz gemacht worden ist. Da haben wir zum Beispiel die Eisenindustrie, der es in allen Staaten nicht besonders gut geht. Vor dem Kriege war allerdings Deutschland der europäische Staat, der die höchste Menge an Eisen und Stahl ausfuhrte. Es maximierte mit 617,8 Millionen Tonnen an der Spitze, während zum Beispiel Frankreich nur 61,6 Millionen Tonnen im Jahre auf dem Weltmarkt unterlegte. Zwischen den beiden sind manche Veränderungen. Das Saargebiet und Oberschlesien sind vorläufig unter dem Einfluß entzogen worden, wir haben 74,5 Prozent unserer gesamten Eisenerze verloren und 25,9 Prozent unserer Kohlenvorräte. Der schwarze Erbe war Frankreich, das gegenüber dem Frieden seine Eisenausfuhr auf 267,1 Millionen Tonnen vermindern konnte, während Deutschland mit 92,8 Millionen Tonnen nur noch ein Fünftel der Friedensmenge ausführt. Mit den Kohlen liegt es ebenso. England behauptet, Deutschland nehme ihm sehr Abbruch, während es selbst in Deutschland ganz unerhörte Mengen absetzt, die Ruhr- und ober-schlesischen Becken dagegen über riesige unterirdische Kohlenbestände verfügen und eine enorm hohe Zahl von Fetterschichten verfügen müssen. Wäre Deutschland wirklich ein ernster Konkurrent, dann würden unsere Gruben nicht ein Lamm auf den Halben liegen haben. Auch hier ist Frankreichs Wettbewerb der schärfere. Erst kürzlich ging durch die Presse eine Meldung, daß die französischen Eisenbahnen, die bisher englische Kohle verfeuerten, nunmehr bei-

weiliche Brennstoffe (als deutsche Reparationshilfe) verfeuern. Wenn den Engländern hier ein Abbruch und darüber hinaus noch anderer beizulegen ist, dann mögen sie sich gefälligst mit ihren Bundesgenossen auseinandersetzen, denen Deutschland tributpflichtig ist, die aber die Kohlen, seien es Kohlen- oder Industrieerzeugnisse, benutzen, um der englischen Industrie Konkurrenz zu bereiten. Man unterlasse den Versaillesvertrag nur einer gründlichen Revision und lasse die Sachleistungen fallen, dann kommt der internationale Wettbewerb schon von selbst in andere Bahnen. Würde man denn weiter auf deutsche Forderungen verzichten und die eigenen Entscheidungen noch an die Rüstungsabteilung abgeben, dann hätten wir in absehbarer Zeit in allen Staaten eine fähigere Erleichterung.

Die im Augenblick für uns größere Gefahr besteht aber darin, daß die Propaganda von der deutschen Konkurrenz unsere eigene Welterzeugung zu beeinflussen imstande ist. Von sozialdemokratischer gewerkschaftlicher Seite wird bereits seit langem behauptet, daß die verlängerte Arbeitszeit einzig und allein die Arbeitslosigkeit im Ausland, ferner, obwohl, wie oben nachgewiesen, ganz anders Möchte den ausländischen Arbeiter bittlos machen. So ist man jetzt auch schon auf breiter Front zum Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages übergegangen, ein Verfahren, das die Wiedereinführung Metallindustrie z. B. wochenlang stillgelegt und für jede Zukunft unfähig gemacht hat. Das ist schließlich noch das kleinere Übel gegenüber der auch treiben Beschneidung der Arbeitszeit um zwei Stunden, wodurch automatisch die Produktion verringert und, wenn die Ueberstunden bezahlt werden müssen, verteuert wird. Erst vor kurzen stellte ein holländisches Blatt fest, daß man von einer deutschen Konkurrenz „ernstlich nicht sprechen könne, da der deutsche Industrielle heute noch immer so frei produziert und infolgedessen seine Waren nicht abschlagen kann. Einen besseren Beweis unseres Schwachen Absicht im Ausland als die Passivität unserer Handelsbilanz des Vorjahres mit 2,7 Milliarden und der ersten beiden Monate dieses Jahres mit rund einer Goldmilliarde gibt es wohl nicht. Es ist Arbeit genug, die vor der Wiedereinführung des schematischen Achtstundentages warnen. Weder England, noch Frankreich, noch Belgien, noch irgendein anderer Industriestaat haben es bisher unternommen, ihre Welterzeugung in den Rahmen der achtstündigen Arbeitszeit zu ändern. Sie werden es auch nie unternehmen, nachdem sie sahen, daß die deutsche Produktion und die deutsche Währung darüber gerbrachen. Aber gerade das strebt das Ausland für uns auf's Neue an. Über die Fortsetzung des deutschen Wohlstands (man denke abgesehen von dem Kriege Betrag unter Vermögen) schätzungsweise 77,7 Milliarden Dollar, heute nur noch 85,7 Milliarden), die den Arbeiter zum Bruch des Wirtschaftsfriedens und zur Verheerung von Ersparnissen verlocken soll, aus denen lediglich die ausländische Konkurrenz profitiert. Unsere Stellung unter den Industriestaaten Europas, die man niemals tief unten zu suchen hat und die mit einer „deutschen Gefahr“ nichts gemein hat, verlangt von selbst Anspannung aller Kräfte, um wenigstens eine Situation zu schaffen, die vorerst einmal jede Passivität der Handelsbilanz ausschließt, kann aber doch auf Ausfuhrüberschüsse hinauszielt. Erst in diesem Augenblick dürfte es sich als Ausland angebracht erscheinen, über die deutsche Konkurrenz Klage zu führen, aber auch dann nur, wenn der deutsche Warenexport sich trotz der gewaltigen verminderten Produktionsbasis des Fortschreitens nähert. Und dieses Ziel muß in eigenem Interesse erreicht werden. Das mag der deutsche Arbeiter bedenken.

Die Krise im Kohlenbergbau.

Nicht nur aus wirtschaftspolitischer, sondern auch aus sozialen und daher politischen Gründen ist die Krise, die den Kohlenbergbau heimsucht, nicht bloß eine Angelegenheit für Fachleute. Nun hat der Ruhrkohlenbau bekanntlich schon seit Wochen sehr betrübliche Stilllegungen und Entlassungen vorgenommen, die Klage über volle Halben und Abschmangel sich nicht verstümmen. Im deutsch-schlesischen Vergleich haben sich die Verhältnisse durch den deutsch-polnischen Holzkrieg verbessert, aber man wird diese Besserung für vorübergehend und jedenfalls nicht für ein gesundes wirtschaftliches Ereignis halten müssen. Die ginstigsten Halbenbestände würden nun dem Laien den Gedanken eingeben, daß eine Kohlenpreiserhöhung vielleicht den Absatz belebe. Die Kohlenbesitzer haben aber eine Verabredung der Preise nicht vorgenommen, weil sie die jetzt schon vorhandenen Verluste der Rechen noch vermehren und angefallen des Beschäftigtenrückganges in der verarbeitenden Industrie auch keinen besonderen Anreiz zu erhöhter Nachfrage bieten würde. Derartige Argumente werden übrigens nicht nur von Seiten der Arbeiter, sondern auch von den Kohlenarbeitern selbst angeführt. Die Kohlenarbeiter erklären, daß weder eine erhöhte Arbeitsleistung denkbar, noch eine Verringerung des Lohnanteils der Leistungslosten zweckmäßig wäre. Biese also die Gewinnrate; und hier erklären wieder Fachleute, daß eine Verabredung dieses Preisanteils gar nicht mehr möglich sei. Wenn aber nun doch Verluste eintreten, die Halben trotz Entlassungen überfüllt bleiben, dann muß man sich fragen, ob nicht wenigstens der Versuch einer Kohlenpreiserhöhung zur Beilegung der Halbenbestände gemacht werden müsse. Dies würde nach den oben angeführten Argumenten notwendigerweise zu geschäftlichen Verlusten führen; vielleicht aber nicht in höhe-

von als es die Halbenbestände an den Halbenbeständen sind. Die Abhängigkeit des deutschen Kohlenpreises von dem wesentlichen Konkurrenzland England und auf der anderen Seite der Brennstoff (sowohl technischen Neuerungen des Hauptverbrauches werden gleichfalls von Arbeitgebern wie Arbeitnehmerseite als Argument gegen eine autonome deutsche Preisgestaltung angeführt. Nun ist es aber ein wirtschaftliches Gesetz und eine Folge der geschäftlichen Praxis, daß in Krisenzeiten ein Kaufmann auch mit Verlust verkaufen muß, um fähig zu werden. Und wenn die technischen Fortschritte den Kohlenverbrauch verringern, so muß man sich eben auch auf diese Entwicklung einstellen. Die Gefahren übersteht natürlich niemand, der ein wenig über dieses Problem nachdenkt. Aber die Reiten der Inflation und die Preismonopolisierung haben ein schematisches Denken in diese Verhältnisse hineingebracht, und die Entwicklung der Wirtschaft ist eben nicht schematisch. Wird nicht durch eine schismatische und weniger bilitierte Preispolitik den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen, dann hat man die Wahl, entweder unseren Kohlenbergbau für zu ausgebeutet zu halten oder eine Rückkehr zur freien Konkurrenz der Rechen zu empfehlen. Die Schwierigkeiten sind immer wieder dieselben: wirtschaftliche und soziale. Aber man muß eben das praktikable Mittel finden, um sie zu verringern. Vielleicht kann auch der reine Kohlenhandel zur Herabsetzung der Preise von sich aus beitragen.

Zur Frage der Luxussteuer.

Der Beschluß des Steueraususses des Reichstages, nach welchem die Luxussteuer nicht beseitigt, sondern dem Reichsfinanzministerium überlassen werden soll, ob es für einzelne Industriezweige die Luxussteuer herabsetzen oder beseitigen und dafür andere, bisher steuerfreie Industrien dieser Steuer unterwerfen soll, hat gerade auch in Kreisen der schlesischen Industrie das lebhafteste Bestreben erregt, da den Interessen der Industrie nur mit einer völligen Abschaffung der Luxussteuer genügt werden kann. Die Industrie hat in allen ihren Organisationen sich ausnahmslos auf diesen Standpunkt gestellt, und die Regierung sowohl, wie die Reichstagsverwaltung, mit Material ausreißend versehen, daß die Luxussteuer auf Industrieerzeugnisse lediglich eine Besteuerung der Qualitätsarbeit ist und schwere Absatzstörungen, zum Teil sogar Arbeiterentlassungen im Gefolge gehabt hat. Der Antrag der Luxussteuer, der übrigens um ein Drittel hinter dem Vorschlag geblieben ist, bedarf in seiner Weise dieser Befestigung der Qualitätsarbeit mit einer derartig produktionsfördernden Steuer.

Es kommt hinzu, daß die jetzt geklossene Regelung lediglich Beunruhigung in der Industrie gebracht und langwierige und zerräubernde Verhandlungen notwendig sein werden, um das Reichsfinanzministerium, das sich in der Luxussteuerfrage bisher immer nur von rein fiskalischen Gesichtspunkten unter Ueberhebung der wirtschaftlichen Belange hat lassen lassen, zu veranlassen, die Luxussteuer wesentlich herabzusetzen oder ganz fallen zu lassen.

Es steht zu hoffen, daß in der zweiten Lesung des Steueraususses eine Uebernahme des Beschlusses im Sinne der Wünsche der Wirtschaft auf Aufhebung der Luxussteuer erfolgt für die übrigen auch die Sozialdemokratie gestimmt hat. Der Verband schlesischer Industrieller hat jedenfalls an den Reichstagsausschuß ein Telegramm gerichtet und im Interesse der Befreiung der Produktion von unnötiger Belastung um völlige Beseitigung der Luxussteuer gebeten.

Der Telefondienst zwischen Deutschland und England.

Im Unterhaus fragte Kenworthy den Generalpostmeister, wann der Telefondienst zwischen Norddeutschland und der englischen Nordküste errichtet werden würde. Bolmer erwiderte, es werde erwartet, daß ein telephonischer Dienst zwischen Deutschland und England in etwa 12 Monaten eröffnet werden würde. Die Leitung werde durch Holland gehen. Ein Unterwasserkabel sei von der holländischen Regierung in Auftrag gegeben worden und es würden verschiedene Landlinien gelegt.

Berliner Börse vom 14. Juli.

Tendenz: freundlicher.

An der heutigen Börse lenkten wiederum einige Spezialgebiete die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die bisherigen Hauptpekulationsmärkte, nämlich Montan- und Anleiherwerte scheinen demgegenüber weniger an der Hand mehr in den Vordergrund zu treten. Daneben zeichneten sich Anleihenwerte durch anhaltende Festigkeit aus, wobei ausländische (schweizerische) Kaufleute eine Rolle spielen. Es verlautet auch, daß Anfang August die Verhandlungen über eine Fusion sämtlicher Anleihenwerte wieder aufgenommen werden, nachdem diese längere Zeit geruht hatten. Von der freundlichen Verfassung dieser heute im Vordergrund stehenden Märkte ging eine gewisse Anregung für die übrigen Gebiete aus, zumal die gestern fühlbar gewordene Erleichterung des Geldmarktes sich fortsetzte. Täglich Ged ist im Gegensatz zu der Lage noch vor wenigen Tagen ziemlich flüssig und bedingte gestern 8 1/2 bis 9 1/2 Prozent. Monatsgeld gleichfalls ermäßigt mit 10 bis 12 1/2 Prozent. Etwas Interesse bestand im Zusammenhang mit den ausbleiblichen Reichstagsberatungen für Vorkriegsfinanzverträge, die sich befestigten, während die verbrochenen Kurse der heimischen Staatsanleihe keine Veränderungen aufwies.

LESSING „POSA“ 3 Pfg

Diele sind ihr nachempfunden doch keine kommt ihr gleich.

ZIGARETTENFABRIK LESSING & CO. FRANKFURT-M. GEGR. 1898